

Armutskonferenz: Klimabonus nicht auf Kosten der Schwächsten streichen!

Die Armutskonferenz warnt vor der Streichung des Klimabonus und fordert ein gerechtes Budget für sozial Schwächere in Österreich.

Wien, Österreich - Die Armutskonferenz schlägt Alarm! Inmitten der Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und der FPÖ wird ein heftiger Streit um den Klimabonus entbrannt. Die Warnung ist klar: Geplante Einsparungen, die auch den Klimabonus sowie steuerliche Vergünstigungen für E-Autos und die Förderung von Photovoltaikanlagen betreffen, könnten die sozial Schwächsten treffen. „Wir fordern ein gerechtes Budget, das den Klimabonus sozial reformiert, anstatt ihn ersatzlos zu streichen,“ so die eindringliche Botschaft von Martin Schenk, einem Sozialexperten der Armutskonferenz, wie **kathpress** berichtet. Der Klimabonus, eine wichtige Entlastungsmaßnahme für einkommensschwache Haushalte, könnte durch die politische Debatte erneut auf die Probe gestellt werden.

Soziale Gerechtigkeit im Fokus

Die Armutskonferenz betont, dass die redaktionellen Vorschläge, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, nicht auf Kosten des unteren Einkommensdrittels erfolgen dürfen. Kritiker warnen, dass die Diskussion über die Streichung des Klimabonus für viele Menschen in sozialen Brennpunkten katastrophale Folgen haben könnte. Ein einkommensabhängiger Klimabonus, so wird vorgeschlagen, könnte sicherstellen, dass geringverdienende Haushalte nicht über Gebühr belastet werden. „Der Klimabonus wirkt progressiv ausgleichend für ärmere Haushalte bei der

regressiven CO2-Bepreisung,“ heißt es in einer Stellungnahme der Armutskonferenz, wie **katholisch.at** berichtet. Schenk und seine Kollegen fordern eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten, um die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter zu vergrößern.

Einer der zentralen Vorschläge der Armutskonferenz ist die Einführung einer Bankenabgabe, die nicht nur wirksam zur Haushaltskonsolidierung beitragen könnte, sondern auch gerechte Verteilungsmechanismen im Steuerrecht fördern würde. „Die ärmere Hälfte der Bevölkerung darf den Klimabonus nicht verlieren,“ betont die Organisation und fordert für die sozial Schwächsten eine gerechte Entlastung im Klimaschutz, der gleichzeitig nicht zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen darf.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kathpress.at • www.katholisch.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at